

P1 Selbstbestimmte Arbeit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 30.09.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1080 Die Digitalisierung nimmt auch Einfluss auf die Arbeitswelt. Sie verändert die
1081 Art und Weise wie wir arbeiten. Jedoch hat die digitale Revolution nicht nur
1082 gute Seiten. Kapitalistische Zwänge bringen Unternehmen dazu, neue Technologien
1083 zum Nachteil von Arbeitnehmer*innen zu entwickeln und zu verwenden. Für
1084 neoliberale Parteien wurde "Digitalisierung first, bedenken second" zum Leitbild
1085 in der Digitalpolitik.

1086 Wir wollen, dass die Digitalisierung allen zu Gute kommt. Notwendig dafür ist
1087 ein kritisches Bewusstsein über die Digitalisierung. Allerdings ist
1088 Technologiefreundlichkeit auch kein Weg in der Modernisierung unserer
1089 Gesellschaft.

1090 Unsere Arbeitswelt verändert sich - dabei brauchen wir eine friedliche
1091 Koexistenz von Mensch und Maschine!

1092 Neue Arbeitskultur - Am Kicker bis zum Burnout?

1093 Mit der Digitalisierung wird oft auch eine neue Arbeitskultur verbunden. Einige
1094 Unternehmen leben bereits eine freundlichere Arbeitswelt, freundlicher Umgang,
1095 das Du, ein Teamgefühl und Spaß am Kicker eine wichtige Rolle spielen. Damit
1096 soll die persönliche Bindung am Unternehmen sowie die Zufriedenheit gesteigert
1097 werden. Mit dieser Flexibilisierung gehen jedoch für Arbeitnehmer*innen oft
1098 unbewusst eine stärkere Vermischung von Arbeit und Freizeit einher. Im Gegenzug
1099 wird ständige Rufbereitschaft erwartet. Flexible Arbeitszeiten und Arbeitsplätze
1100 bedeuten, dass auch mal Nachts von zu Hause aus gearbeitet werden muss.

1101 Die Antwort auf diesen Trend kann nur die Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte
1102 sein. Es braucht eine strikte und klare Trennung von Arbeit und Freizeit. Damit
1103 Arbeit für das Leben da ist und nicht andersrum, ist die Einführung diverser
1104 Regeln notwendig - unabhängig der Unternehmensgröße.

1105 Überwachung, Optimierung, Effizienzsteigerung - und von vorn!

1106 Überwachung ist nicht mehr allein ein staatliches Instrument zu Kontrolle von
1107 Bürger*innen. Arbeitsgeber*innen haben Überwachungsinstrumente für sich
1108 entdeckt, um ihre Arbeitnehmer*innen besser zu kontrollieren und zu optimieren.

1109 Die Überwachung von Arbeitsabläufen ist zu einem wichtigen Instrument der
1110 Prozessoptimierung geworden. Durch die genaue Messung von Arbeitsschritten
1111 können Prozesse analysiert und verbessert werden. Entsprechende Messinstrumente
1112 können aber auch dafür genutzt werden, Arbeitnehmer*innen auf die Einhaltung von
1113 Prozessen zu prüfen und ihre Effizienz zu kontrollieren. Die Folge sind enormer
1114 Leistungsdruck, sowie die Beurteilung von Arbeitnehmer*innen anhand ihrer
1115 Effizienz, einhergehend mit der Benachteiligung von weniger effizient
1116 arbeitenden Arbeiter*innen.

1117 Mit dem zunehmenden Leistungsdruck erhöht sich auch der Stress für die
1118 Betroffenen. Der steigende Druck entsteht also durch stetige Überwachung und
1119 Optimierung und führt schlussendlich zum Burnout vieler Arbeitnehmer*innen.

1120 Eine solche Überwachung ist nicht nur verwerflich - sie schränkt die Rechte von
1121 Arbeitnehmer*innen erheblich ein. Deshalb fordern wir ein Ende der Überwachung
1122 von Arbeitnehmer*innen. Außerdem braucht es eine Stärkung der Betriebsräte,
1123 damit diese einen Arbeitsprozesse mitgestalten und somit einen Einfluss auf die
1124 Arbeitsbelastung, sowie den Leistungsdruck nehmen können.

1125 **Arbeitszeit reduzieren, nicht Arbeitsplätze!**

1126 Wir wollen die Digitalisierung als eine Chance der Entlastung begreifen. Viel zu
1127 oft wird die Digitalisierung für Rationalisierungsmaßnahmen und somit für
1128 Stellenabbau missbraucht. Auf diesem Wege verlieren nicht nur viele
1129 Arbeitnehmer*innen ihren Job - den Versicherungen gehen dabei auch die
1130 Sozialabgaben verloren. Ein solcher Missbrauch der Digitalisierung führt also
1131 nicht nur zu einer höheren Arbeitslosigkeit - sie gefährdet sogar das
1132 Sozialsystem.

1133 Arbeitsplatzabbau ist jedoch die falsche Antwort auf die fortschreitende
1134 Modernisierung unserer Arbeit. Neue, digitale Werkzeuge dürfen nicht zum
1135 Handlanger der Gewinnmaximierung und zweifelhaften Wachstums werden. Viel mehr
1136 sollte die Digitalisierung der Reduktion von Arbeit und somit der Arbeitszeit
1137 dienen. Sie ist eine Chance für Arbeitnehmer*innen bei gleichen Gehalt weniger
1138 zu arbeiten und mehr vom Leben zu haben. Neben der Arbeitszeitreduktion ist aber
1139 auch die Anhebung des Mindesturlaubes notwendig. Durch regelmäßige Sabbaticals
1140 sollten Arbeitnehmer*innen die Gelegenheit haben, sich tiefer zu entspannen.

1141 Statt Rationalisierung fordern wir also eine Arbeitszeitreduktion. Die neue
1142 Vollzeit-Perspektive muss die 28-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer*innen bei
1143

1144 gleichem Gehalt werden! Darüberhinaus fordern wir eine Flexibilisierung der
1145 Arbeitszeit, in der Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitszeit mit Rückkehrperspektive
an ihre Lebensrealität anpassen können.

1146 Außerdem braucht es einen stärkeren Kündigungsschutz. Bei steigenden Gewinnen
1147 darf kein Unternehmen eine betriebsbedingte Kündigung aussprechen - denn eine
1148 betriebsbedingte Kündigung darf unter keinen Umständen ein Instrument der
1149 Gewinnmaximierung sein!

1150 **Befristung und Scheinselbstständigkeit bekämpfen**

1151 Mit der Digitalisierung haben sich auch die Arbeitsverhältnisse verändert. Immer
1152 mehr Arbeitsverträge werden befristet. Zeitarbeitsfirmen haben an Bedeutung
1153 zugenommen. Noch besorgniserregender ist der Trend der Scheinselbstständigkeit.

1154 Mit der wachsenden Bedeutung des Onlinehandels wuchs auch die Bedeutung und
1155 damit auch der Druck auf die Logistikbranche. So werden viele Ausliefer*innen
1156 nicht mehr als Mitarbeiter*innen eingestellt, sondern als Unternehmer*innen
1157 beauftragt.

1158 Auf diese Weise werden viele Arbeitnehmer*innen in die Scheinselbstständigkeit
1159 getrieben. Dabei wird mit der Scheinselbstständigkeit nicht nur der Mindestlohn
1160 und Tarifverträge umgangen - auch in die Sozialversicherungen wird nicht mehr
1161 eingezahlt. Ausbleibende Renteneinzahlungen erhöhen für die Selbstständigen das
1162 Risiko der Altersarmut. Oft werden Scheinselbstständige am Ende des Jahres mit
1163 hohen Steuerzahlungen konfrontiert, da in diesem Beschäftigungsverhältnis keine
1164 Lohnsteuervorauszahlung stattfindet. All diese Aspekte macht es für die
1165 Betroffenen schwierig zu erkennen, wie viel Netto wirklich vom Brutto
1166 übrigbleibt.

1167 Diese Form der Scheinselbstständigkeit muss daher stärker von den Finanz-
1168 Arbeits- und Sozialämtern verfolgt werden. Bei ersten Anhaltspunkten sind
1169 Scheinselbstständigkeiten zu unterbinden und entsprechende Unternehmen zu
1170 sanktionieren. Außerdem braucht es für Beschäftigte in Scheinselbstständigkeit
1171 Mitspracherechte und eine Vertretung durch Gewerkschaften, damit diese ihre
1172 Rechte als Arbeitnehmer*innen wahrnehmen können.

1173 Außerdem müssen Arbeitsverträge entfristet werden. Die Praxis der Zeitarbeit und
1174 begrenzten Beschäftigung muss enden. Für eine echte existenzielle Perspektive
1175 braucht es Langfristigkeit. Nur so kann die Zukunft von Arbeitnehmer*innen
1176 gesichert bleiben.

1177 **Mehr Digitalisierung = Mehr Mitbestimmung und mehr Rechte!**

1178 Die Digitalisierung ist aber auch eine Chance für neue Mitbestimmungsformen
1179 innerhalb von Unternehmen. Schon jetzt benutzen viele Unternehmen digitale
1180 Partizipationsformen, um die Mitarbeiter*innen in ihren Entscheidungsprozessen
1181 mit einzubinden. Nicht selten handelt es sich hierbei um Scheinpartizipation.
1182 Wir wollen eine digitale Partizipation von Mitarbeiter*innen, die auch Einfluss
1183 auf den Betrieb und ihre Arbeitsweise nimmt. Dies sind wichtige Schritte in
1184 Richtung der Demokratisierung der Wirtschaft.

1185 In Zeiten wie diesen kommen Betriebsräte und Gewerkschaften eine neue Bedeutung
1186 zu. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung von
1187 Arbeitsverhältnissen und der Arbeit an sich nehmen. Um ihre Interessen
1188 durchzusetzen brauchen sie aber auch ein Streickrecht, welches auch politisch
1189 begründet ist. Dieses Werkzeug ist nötig, um auf die Einhaltung der
1190 Arbeitnehmer*innenrechte zu pochen.

1191 Als GRÜNE JUGEND begreifen wir die Digitalisierung als eine Chance für weniger
1192 Arbeit, mehr Leben, mehr Mitbestimmungsrechte und eine demokratischere
1193 Wirtschaft. Dazu ist es aber notwendig, die Digitalisierung in Bahnen zu lenken,
1194 die nicht allein dem Kapitalismus zu Gute kommt, sondern auch dem Menschen
1195 nützt. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein stärkerer Einfluss des Staates
1196 notwendig.

1197 Wir wollen diesen Einfluss nehmen, damit die Digitalisierung den Menschen nützt
1198 - und nicht den Gewinnen der Unternehmen.